

Nr. 13

April 2008

Informationen der CDU-  
Gemeinderatsfraktion  
Karlsruhe

Redaktion  
Gabriele Luczak-Schwarz  
Kerstin Rudolph

V.i.S.d.P.  
Kerstin Rudolph



## Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in seiner März-Sitzung hat der Gemeinderat den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Kriegsstraße Mitte, Straßenbahn in der Kriegsstraße mit Straßentunnel“ gefasst. Dieser ist Teil des übergeordneten Gesamtkonzepts **Kombi-Lösung** und schafft die planungsrechtlichen Grundlagen zum Umbau der Kriegsstraße. Künftig werden dort oberirdisch Straßenbahnen und in einem darunter liegenden Straßentunnel der Kfz-Verkehr fahren. Der Kriegsstraßenumbau wird die mit dem Einkaufszentrum Ettlinger Tor erfolgreich begonnene Erweiterung der City nach Süden voranbringen und eine möglichst optimale Abwicklung des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs in der Innenstadt auch für die Zukunft gewährleisten.

Klar ist zugleich, dass der Kriegsstraßenumbau lediglich ein Teilprojekt der geplanten Veränderungen in der Karlsruher City ist: Erst zusammen mit der Umgestaltung der Kaiserstraße und damit dem Bau der U-Strab wird das Gesamtziel einer wegweisenden und zukunftsorientierten Weiterentwicklung unserer Innenstadt vollständig erreicht werden. Unterschiedliche Auffassungen herrschen im Gemeinderat über die Umsetzungsreihenfolge der beiden Maßnahmen. Zunächst können beide Teilprojekte aus bauleistungs- und finanztechnischen Gründen nicht zeitgleich verwirklicht werden. Die Kaiserstraße muss dringend vom Straßenbahnverkehr entlastet werden. Je früher eine Fußgängerzone, die mehr als bisher zum Verweilen und Flanieren einlädt, eingerichtet ist, umso besser ist dies auch für die umliegenden Geschäfte und Unternehmen. Hinzu kommt, dass sich, würde der Kriegsstraßenumbau vorgezo-

gen werden, im Jahr 2015, in dem wir den 300. Stadtgeburtstag feiern, in der Kaiserstraße sichtbare Baustellen befinden würden. Auch sprechen die bessere Fahrgastwirkung, als deren Folge höhere Fahrgelderlöse zu erzielen sind, und die deutlich geringeren Betriebskosten dafür, den Stadtbahntunnel zuerst zu bauen. Die CDU-Fraktion steht zu dieser bisher vorgesehenen Reihenfolge der Kombi-Projekte und ist dafür, dass zunächst die Kaiserstraße und anschließend die Kriegsstraße umgebaut wird. Endgültig wird der Gemeinderat hierüber zum gegebenen Zeitpunkt entscheiden.



Fraktionsvorsitzender  
Wolfram Jäger

Im April wird sich der Gemeinderat mit der **Ersten Nachtragshaushaltssatzung 2008** befassen. Der Satzungsentwurf beinhaltet zunächst nur die Fortschreibung der Haushaltssatzung und des Stellenplans aufgrund der beschlossenen Wiedereinrichtung eines sechsten Dezernats. Die CDU-Fraktion hat beschlossen, darüber hinaus einen Antrag zur Globalen Minderausgabe (GMA), über die in diesem Zusammenhang ebenfalls zu entscheiden sein wird, zu stellen. Die GMA in Höhe von 8,56 Millionen Euro wurde bereits im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 beschlossen. Die Erwirtschaftung der GMA erfolgt durch Umlegung des Gesamtbetrages auf die Teilhaushalte. Konkret hatte die Stadtverwaltung dem Gemeinderat folgenden Vorschlag unterbreitet: Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden um 5 %, die Transferaufwendungen um 2,5 % und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 5 % gekürzt. Bei den Transferaufwendungen handelt es sich um freiwillige Leistungen, d.h. insbesondere auch um Zuschüsse in den Teilhaushalten Schulen und Sport, Kultur, Soziales und Jugend. Zwar machen es die allgemeine Finanzlage, aber auch die Gesichtspunkte der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit aus unserer Sicht erforderlich, dass die mit den Transferaufwendungen bedachten Vereine, Institutionen und Organisationen ebenfalls einen Beitrag zur Erwirtschaftung der GMA erbringen. Jedoch ist die CDU-Fraktion der Meinung, dass die Kürzung der freiwilligen Leistungen möglichst gering ausfallen und daher auf einen Solidarbeitrag von maximal 1 % begrenzt werden muss. Höhere Kürzungen wären zu einschneidend und werden von uns abgelehnt.

Ihr  
**Wolfram Jäger**  
Fraktionsvorsitzender

Die CDU-Fraktion trauert um

### Toni Menzinger

17.03.1905 - 27.12.2007

Stadträtin von 1953 bis 1980

Landtagsabgeordnete von 1970 bis 1980

Ehrenbürgerin der Stadt Karlsruhe

und um

### Kurt Hofheinz

21.08.1914 - 15.01.2008

Bürgermeister von 1963 bis 1978

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.  
Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Die CDU-Fraktion erreichen Sie über unsere Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführerin Kerstin Rudolph / Hebelstraße 13 / 76133 Karlsruhe

Fon: 0721 - 2 95 94 / Fax: 0721 - 2 86 63 / Email: [cdu@fraktion.karlsruhe.de](mailto:cdu@fraktion.karlsruhe.de) / Web: [www1.karlsruhe.de/gemeinderat/cdu-fraktion](http://www1.karlsruhe.de/gemeinderat/cdu-fraktion)

## Zukunft der KMK

Ausführlich hat der Gemeinderat im Februar über die Zukunft der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH (KMK) beraten. Die KMK stellt einen erheblichen Wirtschaftsfaktor für Karlsruhe und die Region dar. Sie initiiert in der Region eine Wertschöpfung von rund 84 Millionen Euro; 50 % davon entfallen auf Handel, Transport und Gastgewerbe. Gesamtwirtschaftlich betrachtet rechnen sich damit die Investitionen in das Messe- und Kongresswesen für die Region. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht muss die KMK ihre Ergebnisse jedoch dringend verbessern. Vor dem Hintergrund, dass die jährlichen Defizite der KMK mit allgemeinen Haushaltsmitteln der Stadt Karlsruhe ausgeglichen werden müssen, hatte die CDU-Fraktion beantragt, die Möglichkeiten einer mittelfristigen Konsolidierung der KMK und einer kurzfristigen Ergebnisverbesserung aufzuzeigen. Der Aufsichtsrat der KMK hat die Geschäftsführung mit der Ausarbeitung entsprechender Konzepte beauftragt. Das Gutachten des Landes Baden-Württemberg zu den Messestandorten soll zudem als Grundlage für Überlegungen zu Kooperationen mit anderen Messeplätzen dienen.

## Europabad eröffnet

Mit Beginn der Osterferien wurde das neue Freizeit- und Familienbad bei der Europahalle, das „Europabad“, eröffnet. Neben einem Sportbereich mit separatem Eingang für Schulen und Vereine bietet es unter anderem ein Erlebnisbecken sowie einen Wellness- und Rutschbereich. Die Kleinsten können im Kinderplanschbecken mit Schiffchenkanal, Wasserfall und Rutsche Spaß haben. Die CDU-Fraktion ist sich sicher, dass das Bad mit seinen vielen Attraktionen ein besonderer Magnet sein und deshalb zahlreiche Besucher aus der gesamten Region anlocken wird.

Im Zuge der weiteren Umsetzung des Bäderkonzepts 2000 hat sich der Gemeinderat zudem damit einverstanden erklärt, dass sich die Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH (KVVH) zu 60 % an der Sportpark Karlsruhe-Nordost GmbH – künftig Fächerbad GmbH – beteiligt. Damit wird das Fächerbad in Zukunft besser in die Karlsruher Bäderlandschaft einbezogen sein; die Angebote der einzelnen Bäder werden sich optimaler ergänzen und einer einheitlichen Steuerung unterliegen. Das Fächerbad soll sich künftig vor allem als Sport-, Fitness- und Gesundheitsbad profilieren und kann sich somit auch von den übrigen Bädern abgrenzen. Die CDU-Fraktion freut sich, dass die einvernehmliche und partnerschaftliche Integration des Fächerbads in das gesamtstädtische Bäderkonzept hiermit gelungen ist.

## Aus dem Gemeinderat

### Projektpartnerschaft mit Rijeka

Bereits seit vielen Jahren bestehen freundschaftliche Beziehungen der Stadt Karlsruhe zu Kroatien. Vor allem zur Hafenstadt Rijeka und der umliegenden Region bestehen enge Kontakte. So gab es bereits vor etwa 25 Jahren Verbindungen zwischen dem Roten Kreuz Karlsruhe und Rijeka und seit 1992 veranstaltet die Deutsch-Kroatische Gesellschaft jährlich Studienreisen nach Rijeka. Mit etwa 144.000 Einwohnern ist Rijeka die drittgrößte Stadt Kroatiens; sie ist Universitätsstadt und kulturelles Zentrum. Die Stadträte Wolfram Jäger und Marianne Krug hatten daher in einem Antrag die Stadtverwaltung gebeten zu prüfen, im Rahmen welcher konkreten Projekte eine Partnerschaft mit Rijeka eingegangen werden kann. Inzwischen hat sich der Hauptausschuss für den Ausbau kommunaler Netzwerke und die Suche nach neuen Partnern für Projektarbeit ausgesprochen. Ausdrücklich sollen Projekte mit Rijeka angestrebt und zudem geprüft werden, mit welcher türkischen Stadt Ansatzpunkte für konkrete Vorhaben entwickelt werden können.



### Parkplätze am Hauptfriedhof

Da der Parkplatz zwischen Stumpf- und Erich-Frommel-Straße regelmäßig durch Mitarbeiter der umliegenden Betriebe und Pkw-Fahrer, die am Hauptfriedhof auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, belegt ist, hatten sich die Stadträte Wolfram Jäger und Hubert Buchmüller in einem Antrag für die Einrichtung von

## Vergabe öffentlicher Aufträge

Das Land Baden-Württemberg hat sich für Veränderungen im öffentlichen Vergaberecht entschieden. Danach sollen Kommunen künftig ihre Aufträge nicht mehr nur bis zu einem Wert von 10.000 Euro, sondern bis zu einem Auftragsvolumen von 20.000 Euro freihändig vergeben können; beschränkte Ausschreibungen sollen bis zu einer Höhe von 75.000 Euro möglich sein.

In einem Schreiben an Herrn Oberbürgermeister Heinz Fenrich baten die Stadträte Wolfram Jäger und Hubert Buchmüller um Auskunft, wie die Stadt Karlsruhe auf die neuen Wertgrenzen reagieren werde und ob beabsichtigt sei, die Vergabepaxis entsprechend anzupassen. Denn, so erläuterten Jäger und Buchmüller in ihrem Brief, aufgrund der jüngsten Empfehlungen des Landes könnten mehr Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung vergeben werden. Hierdurch vereinfache sich für die Kommunen die Vergabe von Aufträgen und die Flexibilität der Gemeinden werde zugleich erhöht.

Oberbürgermeister Fenrich teilte mit, dass die Empfehlung des Landes, die Wertgrenzen bei der kommunalen Auftragsvergabe anzuheben, bereits Bestandteil diverser Gespräche sowohl innerhalb der Verwaltung als auch mit den Vertretern des Handwerks gewesen sei. Ergebnis sei, dass die Stadt die Anhebung der Wertgrenzen im Rahmen der derzeitigen Überarbeitung der städtischen Vergabedienstweisung berücksichtigen werde. Die empfohlenen Wertgrenzen würden in die Neufassung eingearbeitet und künftig bei der Vergabepaxis der Stadt Karlsruhe zur Anwendung kommen.

Die CDU-Fraktion freut sich, dass die Stadtverwaltung die Empfehlungen des Landes aufgreift und erhofft sich hierdurch eine Stärkung der örtlichen und regionalen Handwerks- und Gewerbebetriebe und damit des Mittelstands.

Kurzzeitparkplätzen für die Friedhofsbesucher eingesetzt. Die Stadtverwaltung sagte daraufhin zu, 30 bis 40 kostenlose Kurzzeitparkplätze (Parkdauer mit Parkscheibe: zwei Stunden) auszuweisen.

### Handwerkerparkausweis

Die Stadt Karlsruhe bietet eine Ausnahmegenehmigung zum Parken an, die Handwerker und andere Dienstleistungsbetriebe zum Parken im eingeschränkten Halteverbot, an Parkuhren und Parkscheinautomaten sowie in Anwohnerparkzonen berechtigt. Die Genehmigung wird für ein Jahr ausgestellt, kostet 100 Euro und gilt lediglich für das Stadtgebiet Karlsruhe. Immer häufiger kommt es jedoch vor, dass Handwerksbetriebe an unterschiedlichen Orten in der TechnologieRegion tätig sind, was zugleich bedeutet, dass sie bei einer Vielzahl von Behörden Anträge auf Einzel- oder Dauerausnahmegenehmigungen zum Parken stellen und auch mehrfach Gebühren entrichten müssen. Um dies künftig zu verhindern, hatten die Stadträte Wolfram Jäger, Thorsten Ehlgötz, Ingo Wellenreuther und Gabriele Luczak-Schwarz sich mit einem Antrag für die Einführung eines gebietsübergreifenden und einheitlichen Handwerkerparkausweises innerhalb der TechnologieRegion Karlsruhe eingesetzt. Ein solcher wäre zugleich ein wichtiger Beitrag für das weitere Zusammenwachsen und eine engere Zusammenarbeit innerhalb der TechnologieRegion. Zugleich würde die bisherige erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung gefördert und den Handwerksbetrieben eine höhere Flexibilität und vor allem das problemlose Erreichen ihres Einsatzorts ermöglicht werden. Die Stadtverwaltung sagte zu, sich in der Gesellschafterversammlung der TechnologieRegion für den Vorschlag der CDU-Fraktion einzusetzen.

## Anträge und Anfragen der CDU-Fraktion

### Blau Tonne

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat entschieden, dass ein privates Unternehmen die sogenannte Blaue Tonne aufstellen und damit Altpapier einsammeln darf. Dieses Urteil hat erhebliche Auswirkungen auf die Finanzlage der Karlsruher Vereine, Kirchengemeinden und Fördervereine von Schulen. Diese haben durch regelmäßige Sammlungen Erlöse erwirtschaftet und diese in ihre Jugendarbeit investiert. Die CDU-Fraktion unterstützt dieses Engagement ausdrücklich und möchte den Vereinen diese Einkunftsöglichkeit auch für die Zukunft erhalten. Hinzu kommt, dass infolge der Einführung der Blauen Tonne insgesamt eine Erhöhung der Abfallgebühren zu befürchten ist. In einem Antrag fordern die Stadträte Wolfram Jäger, Gabriele Luczak-Schwarz, Thorsten Ehlgötz, Marianne Krug und Sven Maier die Stadtverwaltung daher auf, die Möglichkeiten einer organisatorischen Unterstützung der betroffenen Vereine und Institutionen zu prüfen. Darüber hinaus soll die Verwaltung ein Konzept zur zusätzlichen Information und Aufklärung der Bevölkerung über die negativen Auswirkungen der Blauen Tonne entwickeln. Zudem soll sich die Stadtverwaltung bei der Landesregierung Baden-Württemberg aktiv für eine Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes einsetzen.

### Neugestaltung Festplatz

Seit vielen Jahren wird über die Gestaltung des Festplatzes diskutiert. Der im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung aus dem Jahr 2000 erstplatzierte Entwurf sah insbesondere eine begehbare Wasserfläche vor. Nach mehrfachen Überarbeitungen der Planung bezifferte die zuletzt vorgelegte Kostenschätzung den Gesamtaufwand für die Neugestaltung mit ca. 5,4 Millionen Euro. Für die CDU-Fraktion ist der Festplatz aufgrund seiner Lage ein wichtiger Bereich im Zentrum unserer Stadt, weshalb wir Überlegungen zur Um- oder Neugestaltung und damit zur Attraktivitätssteigerung grundsätzlich positiv gegenüber stehen. Allerdings halten wir die jetzt vorliegende Planung für verfehlt. Eine - sei es auch nur teilweise - „Flutung“ dieser großen und frei bespielbaren Fläche halten wir für nicht zielführend. Neben den immens hohen Kosten, die für diese Maßnahme aufzuwenden wären, wird hierdurch unserer Ansicht nach auch die unproblematische Nutzung des Kongresszentrums beeinträchtigt. Hinzu kommt, dass sich unter der Wasserfläche die Tiefgarage des Kongresszentrums befindet und damit die Gefahr von Undichtigkeiten und des Eindringens von Wasser besteht. In einem Antrag fordern die Stadträte Wolfram Jäger, Bernhard Weick und Dr. Hans-Jürgen Vogt die Stadtverwaltung auf, die vorliegenden Planungen zu überarbeiten und dabei vor allem auf die Einrichtung einer Wasserfläche zu verzichten.

### Situation der Gymnasien und Realschulen

In Karlsruhe - wie in anderen Städten auch - sind die Kapazitäten vieler Realschulen und Gymnasien und vor allem der Schulgebäude voll ausgeschöpft. Sie stoßen damit an Grenzen und können bestimmte Raum- oder Unterrichtsvorgaben nicht oder nur schwer einhalten. Zudem müssen beispielsweise ursprünglich angemeldete Schüler an andere Schulen verwiesen werden. Im Gegensatz dazu haben viele Hauptschulen freie Kapazitäten zu verzeichnen. Das dreigliedrige Schulsystem soll in Baden-Württemberg beibehalten werden. Dennoch sind in einer sich verändernden Schullandschaft Schulen und Politik aufgefordert, neue Wege einzuschlagen und zukunfts-fähige Strategien zu entwickeln, um auch weiterhin und langfristig eine erfolgreiche schulische Weiterentwicklung gewährleisten zu können. Eine Anfrage der Stadträte Wolfram Jäger und Christiane Staab soll Aufschluss über die Entwicklung der Klassengrößen an den Karlsruher Gymnasien und Realschulen, die räumliche Situation der Schulen und mögliche Ausgleichsmaßnahmen geben.

### Leseverhalten von Jungen und Mädchen

Umfragen und Untersuchungen belegen immer wieder, dass Jungen schon im Kindesalter weniger lesen als Mädchen. Auch zeigen Jungen

oftmals ein anderes Leseverhalten bzw. bevorzugen deutlich andere Lektüren als Mädchen. Mit entsprechenden Maßnahmen und Aktivitäten sollte gezielt versucht werden, die Lust von Jungen am Lesen zu steigern. Mit Hilfe einer Anfrage wollen die Stadträte Wolfram Jäger, Christiane Staab, Marianne Krug und Gabriele Luczak-Schwarz in Erfahrung bringen, welche konkreten Unterschiede die Stadtbibliothek im Leseverhalten von Jungen und Mädchen feststellen kann. Auch wird danach gefragt, ob die Stadtbibliothek mit ihrem Programm versucht, Jungen gezielt anzusprechen und inwiefern sie Jungen bei der Bücherbeschaffung besonders berücksichtigt. Weiterhin interessiert die Fraktionsmitglieder, ob es Überlegungen gibt, das Thema als Genderprojekt aufzugreifen.

### Alkoholverbot

Immer mehr Kinder und Jugendliche konsumieren alkoholische Getränke. Vielfach gehen damit Randalen und Gewalt einher. Um die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu schützen, haben verschiedene Städte bestimmte Maßnahmen ergriffen und beispielsweise Alkoholverbote erlassen. Auch die Stadt Karlsruhe ist unter anderem mit dem Einsatz von Jugendschutzteams und der Aktion „Sicheres Nightlife“ tätig geworden. Die CDU-Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass weitere Maßnahmen erforderlich sind. In einem Antrag fordern die Stadträte Wolfram Jäger, Andreas Erlecke, Rainer Weinbrecht und Manfred Bilger deshalb, das Trinken von Alkohol auf offener Straße in bestimmten Bereichen zu verbieten. Hierzu gehört insbesondere der Bereich um den Europaplatz. Zudem sollte der Verkauf von Alkohol insgesamt strenger kontrolliert werden, um die Abgabe an Minderjährige weiter einzudämmen. Außerdem soll die Stadtverwaltung prüfen, inwiefern Möglichkeiten bestehen, gegen Gruppen, die im öffentlichen Raum Alkohol trinken, vorzugehen, sofern der Anschein besteht, aus deren Verhalten könnte eine erhebliche Belästigung der Bevölkerung hervorgehen. Weiterhin wird die Stadtverwaltung aufgefordert, die Präventionsarbeit zu intensivieren, zusätzliche Jugendschutzteams einzusetzen und an Schulen und Jugendeinrichtungen verstärkt über die Folgen des Alkoholkonsums aufzuklären.

## Platzbenennungen in Oberreut und Hagsfeld

Der Platz westlich vor dem Ökumenischen Gemeindezentrum in Oberreut war bisher ohne Namen. CDU-Stadtrat Manfred Bilger hatte daher angeregt, diesen nach Pater Alfred Delp zu benennen. Alfred Delp wurde 1907 in Mannheim geboren, trat 1926 in den Jesuitenorden ein und wurde 1937 zum Priester geweiht. Er war Mitarbeiter der Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ und trat 1942 dem Kreisauer Kreis bei. Im Juli 1944 wurde Alfred Delp verhaftet und am 2. Februar 1945 hingerichtet. Sein Engagement im Kreisauer Kreis, sein Wirken als Jesuitenpater und seine christlich-soziale Weltanschauung genügten dem Volksgerichtshof zur Verurteilung wegen Hoch- und Landesverrats.

„Da in Oberreut bereits zahlreiche Straßen und Plätze nach Widerstandskämpfern benannt sind, fügt sich die Bezeichnung Alfred-Delp-Platz dort optimal ein“, sagte Manfred Bilger. „Wir freuen uns, dass unser Vorschlag die Zustimmung des Gemeinderats gefunden hat und das Wirken von Pater Alfred Delp mit dieser Benennung eine besondere Würdigung erfährt.“

Der Kreuzungsbereich Schwetzingen Straße/Brückenstraße ist den Hagsfelder Bürgerinnen und Bürgern schon immer unter „Lindenplatz“ bekannt. Sowohl die Bürgergemeinschaft Hagsfeld wie auch die Bevölkerung wünschten sich die offizielle Benennung des Platzes. Da es in Mühlburg bereits einen Lindenplatz gibt, wurde die Bezeichnung „Hagsfelder Lindenplatz“ vorgeschlagen. CDU-Stadtrat Thorsten Ehlgötz leitete diesen Wunsch an die Stadtverwaltung weiter und bat um Überprüfung.

Auch bezüglich dieses Benennungsvorschlags gab es keinerlei Bedenken, so dass der Platz künftig den Namen „Hagsfelder Lindenplatz“ tragen wird.

## CDU-Fraktion vor Ort in Daxlanden

Beim traditionellen Politischen Aschermittwoch der CDU Daxlanden war in diesem Jahr die CDU-Gemeinderatsfraktion zu Gast.

Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger und Ortsvorsitzende Karin Wiedemann konnten zahlreiche Vertreter von örtlichen Vereinen und Organisationen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger begrüßen. Einstiegsthema war die Zukunft des Birkenhofs. Dieser soll künftig als „Arche-Hof“ zur Erhaltung bedrohter Haustiere und „Begegnungsraum für Mensch und Tier“ genutzt werden. Darüber hinaus plant der Investor die Einrichtung integrativer Wohngruppen. Gegen dieses Nutzungskonzept wurden von verschiedenen Seiten Bedenken vorgetragen. Wolfram Jäger verwies insofern jedoch auf die Option zum Erwerb des Grundstücks, die der Investor bis Mitte des Jahres ausüben und gegebenenfalls auch nochmals verlängern kann. Eine anderweitige Nutzung - beispielsweise als Sportanlage - sei daher nach jetzigem Stand nicht denkbar.

Thematisiert wurde weiterhin der Bau des Seniorenzentrums auf dem bisherigen Festplatzareal. „Das Seniorenzentrum ist dringend erforderlich. Allerdings wünscht sich die Daxlander Bevölkerung ein Ersatzgelände, das künftig als Festplatz genutzt werden kann“, erklärte Karin Wiedemann. Auch der Skaterplatz, der sich momentan ebenfalls noch auf dem Festplatz befindet, müsse verlegt werden. Gefragt wurde außerdem nach der künftigen Nutzung des Bauhofs in der Kirschstraße. Die Fraktionsvertreter sagten zu, sich dieser Themen anzunehmen und haben zwischenzeitlich eine entsprechende Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet.

Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz erläuterte die Pläne der EnBW zur Erweiterung des Rheinhafen-Dampfkraftwerks. Sie konnte insbesondere berichten, dass in den zwischen der Stadtverwaltung und der EnBW geführten weiteren Gesprächen sehr positive Ergebnisse erzielt und vor allem Immissionswerte, die deutlich unter den gesetzlichen Erfordernissen liegen, festgelegt werden konnten.

Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger äußerten sich besorgt wegen der Nahversorgungssituation im Stadtteil. Stadtrat Tilman Pfannkuch verwies insofern auf vergleichbare Schwierigkeiten in anderen Stadtteilen und die für einen Supermarkt grundsätzlich erforderliche Mindestfläche von etwa 600 bis 800 qm.



(v. li.) Ortsvorsitzende Karin Wiedemann, Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger und die Stadträte Gabriele Luczak-Schwarz, Ingo Wellenreuther MdB, Sven Maier

## CDU-Fraktion unterstützt Bewerbung von Wolfram Jäger

Mit deutlicher Mehrheit hat sich die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe dafür ausgesprochen, dass sich ihr Vorsitzender Wolfram Jäger um die Nachfolge des im Herbst ausscheidenden Ersten Bürgermeisters Siegfried König bewerben soll. Es gab keine Gegenkandidaten.

Wolfram Jäger kann reichhaltige kommunalpolitische Erfahrung vorweisen: Er gehört der CDU-Fraktion im Karlsruher Gemeinderat seit 1984 ununterbrochen an und ist seit der letzten Kommunalwahl im Juni 2004 deren Vorsitzender.

Hauptberuflich ist Jäger Richter am Amtsgericht Rastatt, seit 1993 Vorsitzender des Jugendschöffengerichts für den Landgerichtsbezirk Baden-Baden.

Aufgrund des Fraktionsvotums wird Wolfram Jäger zum gegebenen Zeitpunkt seine Bewerbung bei der Stadtverwaltung einreichen.

Die CDU-Fraktion wird selbstverständlich dennoch die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist bei der Stadtverwaltung eingehenden Bewerbungen sichten und dann ihre endgültige Entscheidung für die Wahl im Gemeinderat, die im Juli 2008 erfolgen wird, treffen.

## Verkehrsversuch in der Herrenalber Straße

In seiner Sitzung Ende Februar 2008 wurde der Planungsausschuss über das weitere Vorgehen zum geplanten Verkehrsversuch in der Herrenalber Straße in Rüppurr in Kenntnis gesetzt. Es ist bekannt, dass die CDU-Fraktion den Verkehrsversuch nicht zuletzt aus Gründen der Sicherheit für die Radfahrer ablehnt.

Die Bürgerinitiative Herrenalber Straße hatte einen neuen Vorschlag entwickelt, der die Argumente und Anregungen aus der Bürgerversammlung vom November 2007 aufgriff. Unter anderem schlug die Initiative vor, die beiden nach Süden führenden Fahrspuren zwischen der Kreuzung Schloss Rüppurr und Ostendorfplatz auf eine Fahrspur zusammen zu führen und die Haltestelle Ostendorfplatz um zwei Meter zu verbreitern. Zwischen dem Ende der dann breiteren Haltestelleninsel und der Einmündung Diakonissenstraße hätte die Südfahrbahn wieder auf zwei Spuren

erweitert und die linke Spur dabei zur Abbiegespur in die Diakonissenstraße werden können.

Die Stadträte Bettina Meier-Augenstein, Bernhard Weick und Tilman Pfannkuch hatten die Stadtverwaltung um Überprüfung des Vorschlags gebeten. Nach Ansicht der CDU-Fraktion hätte dieser einen Kompromiss dargestellt und als geringerer Eingriff versuchsweise vor dem geplanten umfassenden Verkehrsversuch umgesetzt werden können.

Leider konnte sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder nicht auf eine entsprechende Änderung der Vorgehensweise einlassen. Der Verkehrsversuch wird daher wie geplant durchgeführt werden. Die CDU-Fraktion bedauert dies, da der Versuch weder den Wünschen der Bürgerinitiative noch eines großen Teils der Bevölkerung entspricht.

## Die Stadträtinnen und Stadträte der CDU-Fraktion Karlsruhe stehen für

### Ihre Rückfragen jederzeit zur Verfügung:

**Wolfram Jäger**  
**Bettina Meier-Augenstein**  
**Christiane Staab**  
**Thorsten Ehlgötz**  
**Gabriele Luczak-Schwarz**  
**Dr. Thomas Müller**  
**Tilman Pfannkuch**

**Ingo Wellenreuther MdB**  
**Rainer Weinbrecht**  
**Manfred Bilger**  
**Hubert Buchmüller**  
**Andreas Erlecke**  
**Dr. Klaus Heilgeist**

**Detlef Hofmann**  
**Dr. Albert Käuflein**  
**Marianne Krug**  
**Sven Maier**  
**Dr. Hans-Jürgen Vogt**  
**Bernhard Weick**